

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags am Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wochenschrift Nr. 25, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Verlagsort: Breslau, Reichelstraße Nr. 72a.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einjährige Zeit 20 Pfennige, für dreimonatliche 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Montag, den 27. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Streiflichter auf Afrika.

Die afrikanischen Angelegenheiten sind neuerdings in Folge der Wirren in der Buren-Republik in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gedrängt worden; aber es ist füglich zu bezweifeln, ob viele Zeitungsleser sich über die tiefliegenden Fragen und ungemein weitreichenden Bestrebungen klar sind, die sich auf dem schwarzen Erdhelle kreuzen.

Was das deutsche Reich anlangt, so ist dasselbe nicht nur durch sein von holländischen Besitzungen in den Vorder- und Hinterindien Stammsverwandtschaft mit dem südafrikanischen Buren- oder richtiger gesagt Großgrundbesitzer-volk verbunden, sondern hat mit ihm auch schwerwiegende wirtschaftliche und zum Teil auch hochpolitische Interessen gemein.

Seine aus Damaraland, Groß-Nama Land, Südrandland u. s. w. bestehende über 880.000 Quadratkilometer große südwestafrikanische Colonie hat das deutsche Reich den Engländern mit schwerer Mühe abgerungen, und von der großafrikanischen Politik Englands, die mit besonderem Eifer der eben abgetretene Premier-Minister der Cap-Coloni, Cecil Rhodes, betrieben hat, war diese deutsche Colonie beständig gefährdet. Aber durch die großafrikanische Politik der Engländer war auch noch eine andere, die bedeutendste afrikanische Colonie Deutschlands, das sich über 941.000 Quadratkilometer ausdehnende Deutsch-Ostafrika, bedroht, es es auf nicht weniger abgesehen war, als ein sich vom Cap durch den ganzen schwarzen Erdtheil hin bis nach Alexandrien hoch im afrikanischen Norden reichendes britisches Afrika-Reich zu gründen.

Durch diesen weit hin zielenden Plan ist jedoch auch Frankreich gegen England aufgereizt und — wie es neuerdings scheint, allerdings nur für rauch vorübergehende Zeiträume — in eine Art von colonialpolitischer Interessengemeinschaft mit Deutschland hineingedrängt worden.

Diese besonderen Interessen sind die treibenden Kräfte, die die Erbitterung groß gezogen haben, welche von dem allen Colonialmächten gemeinsamen Misstrauen hervorgerufen wurde und bei Gelegenheit des Freidenker-Tages ins Burenland zum Ausbruch gelangt ist.

Auch für deutsche Capitalisten kommen bei alledem noch erhebliche Handelsinteressen in Frage, die sie mit Transvaal verbinden und zum Handels- und Freundschaftsvertrage zwischen Deutschland und Transvaal geführt haben, der am 22. Januar 1895 abgeschlossen wurde.

Wie gewichtig die den eben erwähnten politischen und wirtschaftlichen Interessen entgegenstehenden Capitalinteressen auf Seiten der Engländer sind, geht schon zur Genüge daraus hervor, das die von Cecil Rhodes zu Stande gebrachte Diamantgräber-Gesellschaft, welche ganz B. S. (Südafrika) und verschiedene Diamantenfelder der südafrikanischen Republik ausbeutet, über ein Capital verfügt von mehr als 7 Millionen Pfund Sterling, das sind weit mehr als 140 Millionen Mark, indes die Aktien dieser Gesellschaft, welche 5 Pfund oder etwas über 100 Mark Nennwerth haben, jetzt einen Marktpreis von ungefahr 25 Pfund Sterling erzielen haben, so das die 140 Millionen, die in den Unternehmungen

der Diamantengräber-Clique angelegt sind, jetzt 700 Millionen Mark werth sind.

Im höchsten Grade bemerkenswerth ist es, das zu den Hauptactionären neben Sir Rhodes das Allersweltsgeld herrischer-Haus, die Firma Rothschild gehört. Den Rothschilden und dem mit ihnen verbündeten Rhodes wäre es natürlich am bequemsten und angenehmsten, wenn ihnen unter dem Schutze der englischen Flagge ganz Afrika als Ausbeutungsgebiet offen läge.

Neben solchen groß selbstsüchtigen Großcapitalisteninteressen kommen auch die berechtigten Bedürfnisse und Bestrebungen ganzer großer Volkstheile und Völker nur schwer zur Geltung und werden sehr lange mißachtet und verkannt.

So müßte es z. B. als eine berechnete Forderung der vielen Zehntausend von „Uitlanders“ (Ausländer) in Transvaal anerkannt werden, wenn sie von der etwa 30.000 allein herrschenden Buren erhöhte Bürgerrechte beanspruchen und nicht länger als Bürger zweiter Klasse hintergesetzt sein wollen.

Aber die Buren wollen sich im Alleinbesitze ihres 326.000 Quadratkilometer großen, sogenannten Freistaates nicht beeinträchtigt lassen und die weit über eine halbe Million zählenden farbigen Eingeborenen ruhig weiter knechten.

Auf die Länge der Zeit wird ihnen aber all ihr Strauben schließlich doch nicht viel helfen. Es wird unter englischem Schutze in Südafrika eine Rödertin-Republik nach Art der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika entstehen, dem sich weder das Transvaal, diese ist schon sogenannte südafrikanische Republik, noch der Orange-Freistaat wird entziehen können. Es ist der ungeheuren Mehrheit der Völker in Südafrika nur vor Allem zu wünschen, das bis dahin die Macht der Großcapitalmagnaten sowohl in England, wie bei allen übrigen Völkern gebrochen sein möchte.

Politische Rundschau.

Berlin, den 25. Januar.

Aus dem Reichstage. Es liegt in der Natur der Sache selber, das bei der Beratung des Etat für das Reichsamt des Innern die verschiedenartigsten Dinge zur Sprache kommen, wichtige und unwichtige. So gab es heute im ersten Theil der Sitzung eine ziemlich ausgedehnte Debatte über den Sachfang im Rhein, dem die Holländer erheblichen Schaden zufügen sollen. Hieran schloß sich eine kurze Discussion über die nationale Förderung der Hochseefischerei durch Geldunterstützung. Genosse Wegger fragte, ob bei der Vertheilung dieser Unterstützungen nach bestimmten Grundsätzen, nach einem festen Plane verfahren würde. Die Antwort, die Minister von Bötticher gab, war zwar conciliant in der Form, sachlich aber nicht besonders befriedigend. — Endlich kam man zu einem bedeutungsvolleren Gegenstande, zu der Frage der Reform der Alters- und Invalidenversicherung. Die Discussion hierüber wurde heute noch nicht beendet, sie wird am nächsten Dienstag fortgesetzt werden. Zu Grunde lag ihr ein Antrag unserer Fraction, der die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 60 Jahre festsetzt und die Invalidenrente auch den Halbinvaliden zu Gute kommen lassen will. Brühne aus Frankfurt a. M. begründete den Antrag in einer vortrefflichen Rede. Das Centrum hatte wieder

eine seiner bekannten Resolutionen eingebracht, die die Reform auf die lange Bank schiebt und es der Regierung vertrauensvoll überläßt, das Nöthige zu finden. Herr Hitze fiel die Aufgabe zu, diese schwächliche Haltung seiner Partei zu vertheidigen und gegen unseren Antrag den Scheingrund geltend zu machen, das er die gründliche Revision der ganzen Versicherungsgegebung verzögere. Ja, was darauf warten wollte! Immerhin erkannte er die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Invalidenrente und die Einbeziehung der Fürsorge für Wittwen und Waisen in das Gesetz umzuwandeln an und regte die Frage an, ob nicht die Ansammlung des colossalen Reservefonds eingestellt und das so frei werdende Geld zur Erhöhung der Rente verwandt werden solle. Auch Minister von Bötticher gab die Reformbedürftigkeit der Versicherungsgegebung und besonders der Alters- und Invaliditätsversicherung zu, von unserem Antrage aber wollte er nichts wissen. Dabei entschloß sich ihm aber im Eifer der Rede das Zugeständniß, das die Mitglieder der socialdemokratischen Fraction die Vertreter der Arbeiter seien. Das brachte Herrn von Stumm in Harnisch und in scharferm Tone rügte er den Minister, der das Märchen von den „wahren“ Arbeitervertretern einmal unbeachtet gelassen hatte. Herr von Bötticher hatte gehofft, das die Debatte sehr kurz verlaufen werde, da sie ja rein akademisch sein müßte. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Außer Herrn von Stumm entwickelten noch die Abgeordneten Schmidt-Ebersfeld, Hoffmann-Dillenburg, Schall und Gamp mehr oder minder ausführlich ihre Ansichten über eine Reform der Versicherungsgegebung. Am längsten sprach Herr Gamp. Dieser unsehbare fiskalische Ruffhader leidet bekanntlich an der Passion, neue Steuern zu entbeden und wunderbare Pläne zur Lösung socialer Schwierigkeiten zu entwerfen. Auch die Alters- und Invaliden-Versicherung hat er aufs Korn genommen und zur Beilegung der lästigen Kebelei, der Quittungskarten, der kostspieligen Verwaltung und der Arbeiterbeiträge schlägt er eine nicht näher begrenzte aber sicherlich sehr hoch gedachte Erhöhung der Salzsteuer vor, dieser drückendsten aller vorhandenen Kopfsteuern. Dieser Vorschlag erregte wie die meisten Gamp'schen Vorschläge nur allgemeines Kopfschütteln und selbst Herr von Stumm lehnte es seitens der freiconservativen Fraction ab, die Verantwortung für diesen Plan mit zu übernehmen. Herr Gamp hat offenbar nur einen begeisterten Anhänger seiner Gedanken im Hause, das ist er selber. Von unserer Fraction kam noch Genosse Kühn zu Wort, der in einer wirksamen Rede den Gamp'schen Vorschlag kritisierte und wieder einmal dem Centrum die Maske der Arbeiterfreundlichkeit abnahm. — Die Abstimmung über unseren Antrag wird vermuthlich auch erst bei der dritten Lesung erfolgen.

— Ein Beitrag zum Bismarck-Cultus. Der „Vorwärts“ schreibt: Aus Anlaß der diesjährigen Feier des 18. Januar sollen dem alten Mann im Sachsenwalde wieder so viel Geschenke, Telegramme, Korrespondenzen und ähnlicher rationaler Krimschams zugewandelt sein, das es sich lohnt, die nachstehende wörtlich wahre Episode zu erzählen. Es war am 1. April des Jahres 1885, als der Exkanzler seinen nebjährigen Geburtstag feierte und ihm nahe stehende Personen vor lauter Begeisterungsdusel kaum wußten, wie sie den damals noch auf die Höhe seiner Macht stehenden Reichsarbeiter anwärmen sollten. Diese Stimmung rüttelte

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Redaktion verboten.

Du Roy mußte lange warten. Endlich erhob sich Frau Walter, wandte sich um, sah ihn und kam zu ihm. Ihr Gesicht sah kalt und streng aus, und sie sagt: „Ich bitte Sie dringend, Herr Du Roy, mich nicht zu begleiten, mir nicht zu folgen und mein Haus allein nicht mehr zu betreten. Ich würde für Sie nicht zu sprechen sein. Leben Sie wohl.“

Und in würdiger Haltung verließ sie ihn.

Er ließ sie gehen, denn es war Grundfalsch bei ihm, die Dinge nie über's Knie zu brechen. Als aber der Priester nun ebenfalls ein wenig verwirrt aus seinem Versteck hervorkam, schritt er gerade auf ihn los, blickte ihm tief in die Augen und schaute ihn an: „Freuen Sie sich, das Sie den Hoch tragen, sonst würde ich Ihnen ein paar Darfseigen auf Ihr ekelhaftes Maul geben.“

Dann machte er auf den Boden Recht und schritt schweigend aus der Kirche.

Unter dem Portal stand der dicke Herr. Jetzt hatte er den Hut auf dem Kopfe und die Hände auf dem Rücken. Er sah ganz matt vom Warten aus und spähte über den Boden Platz in all' die Straßen, bis auf ihn mündeten.

Als Du Roy an ihm vorbeiging, grüßten sie sich.

Der Journalist hatte nichts weiter vor und ging nach der Redaction. Als er eintrat, sah er an den verpönten Gesichtern, das etwas Ungewöhnliches geschehen war, und sofort begab er sich ins Cabinet des Herausgebers.

Der alte Walter stand aufgeregt da. In zerkochten Phrasen dictierte er einen Artikel. Kaum war eine Zeile geschrieben, so erteilte er den ihm umringenden Reportern durch Zurufe, gab Boikottirungen Anweisungen und öffnete Briefe.

Bei Du Roy's Erscheinen tief er freudig: „Ach, welch Glück! Du bist ja Bel-Ami.“

Er unterbrach sich ein wenig verwirrt und entschuldigte sich: „Verzeihen Sie, das ich Sie so reize, ich bin gewisser Umstände wegen etwas aufgeregt. Und dann höre ich Sie auch von meiner Frau und meinen Töchtern von Morgen bis Abend immerfort Bel-Ami nennen, und habe es mir schließlich selbst angewöhnt. Sie nehmen es mir doch nicht übel?“

„Durchaus nicht,“ lachte Georges. „Ich habe gegen den Zunamen gar nichts einzuwenden.“

„Gut, so taufe ich Sie also Bel-Ami, wie Sie ja schon jeder nennt,“ fuhr der alte Walter fort: „Hören Sie also: Wir stehen vor großen Ereignissen. Das Ministerium ist durch eine Majorität von dreihundertzwei gegen einhundertzwei Stimmen gestürzt. Unsere Ferien sind verchieden, verchieden ad calendae graecas, und wir haben dabei heute schon den achtundzwanzigsten Juli. Spanien zürnt uns Marokkos wegen, und das hat Durand de l'Alme und seine Anhänger zum Fall gebracht. Wir stehen bis zum Hals in der Patsche. Marrot hat den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden. General Boutin l'Acree wird Kriegsminister und unser Freund Laroche-Mathieu Minister des Auswärtigen.“

Für sich selber hat Marrot das Portefeuille des Innern und des Vorhofs bestimmt. Wir werden officiös Regierungsorgan. Ich schreibe eben den Leitartikel — eine einfache Principi-erklärung, die den Ministern den Weg vorschreibt.“

„Den Weg natürlich, den sie selbst einschlagen wollen,“ fuhr der gute Mann lächelnd fort. „Aber ich brauche noch irgend etwas Interessantes über die Marokkanische Frage, irgend einen aktuellen Artikel, einen Aufsatz, der Eindruck, Sensation macht, und ich weiß nicht was. Helfen Sie mir etwas finden.“

Du Roy überlegte einen Augenblick, dann erwiderte er: „Ich hab' was Sie brauchen. Ich will Ihnen eine Studie

über die politische Lage unserer Colonie in Afrika liefern, wie sie sich darstellt: Tunis zur Linken, Alger in der Mitte und Marokko zur Rechten. Dabei gebe ich einen Abriss der Geschichte der verschiedenen Rassen, die dies weite Gebiet bevölkern, und schildere einen Auszug nach der marokkanischen Grenze bis zur großen Oase von Figuig, die noch kein Europäer betreten hat und die den Anlaß zu dem jetzigen Conflict gegeben hat. Paßt es Ihnen?“

„Wunder schön!“ rief der alte Walter. „Und wie soll der Titel lauten?“

„Von Tunis nach Tanger.“

„Ausgezeichnet.“

Und Du Roy begann in den Sammelbänden der „Die Franzosen“ nachzuschlagen, um seinen ersten Artikel: Erinnerungen eines afrikanischen Jägers heroorzufinden, der, umgetauscht, aufgebügelt und verändert seinen Zweck jetzt wunderbar erfüllen mußte, denn er behandelte ja die Colonialpolitik, und schilderte die Bevölkerung Algiers und einen Auszug nach der Provinz Oran.

In dreiviertel Stunden war die Arbeit gethan und der Artikel ausgebeßert, zugepikt, mit einem fischen Hauch versehen und mit Lobhudeleien für das neue Cabinet ausgestattet.

Als der Verleger den Aufsatz gelesen hatte, erklärte er: „Vorzüglich... ganz vorzüglich... Sie sind unbezahbar... Mein Compiment.“

Und mit seinem Tagewerk trotz der Niederlage in der Dreijährigkeitskirche recht zufrieden, ging der Journalist zum Essen nach Hause. Sein Kopf bei Frau Walter war doch gewonnen, das fühlte er.

Seine Frau erwartete ihn in feberhafter Aufregung.

„Weißt Du, das Laroche Minister des Auswärtigen ist?“ rief sie ihm entgegen.

„Ja, ich habe sogar aus diesem Anlaß eben einen Artikel über Algier geschrieben.“

Gemäß dem Beschlusse des Generalrates der Arbeiterpartei soll zu Gunsten der Organisation der Arbeiterklasse eine besondere Propaganda entfaltet werden. Jetzt ist es die antimilitaristische Agitation, die mit größter Heftigkeit geführt wird. Eine besondere Nummer der Zeitung „Der Arbeiter“ wurde in mehr als zwölftausend Exemplaren im ganzen Lande verbreitet, besonders in den Kasernen.

Eine unerquickliche Angelegenheit beschäftigt gegenwärtig die belgische Socialdemokratie. Einer unserer hervorragendsten Genossen, der Advokat Vandervelde, war im Theater von einem jungen Wüstling durch die Luft geworfen worden und hatte dem Himmel darauf eine Ohrfeige versetzt. Die Folge war, daß Vandervelde zum Zweikampf gezwungen wurde und leider hat unser Genosse die Forderung auch angenommen. Er verwundete seinen Duellgegner, und natürlich soll er nun wegen des Vorfalls vor Gericht sich verantworten. Sämtliche socialdemokratische Blätter haben sofort in schärfster Weise den Genossen Vandervelde getadelt. Nun ist der Abgeordnetenkammer ein Gesuch der Staatsanwaltschaft um Gestattung strafrechtlicher Verfolgung des Abgeordneten Vandervelde wegen Zweikampfs ausgegangen. Ohne weiteres beschlossen die socialistischen Abgeordneten, für die Annahme des Staatsanwaltschaftlichen Gesuchs zu stimmen. Bei den Sectionsberatungen über die „Belgienheit“ nahmen fünf von sechs Sectionen, die Zulassung der Strafverfolgung an, während selbst nicht ein Genosse für die Zulassung der Strafverfolgung erklärte, er verurtheile das Duell, und der Socialismus verurtheile es ebenfalls; da aber die Socialisten heute noch inmitten der bürgerlichen Gesellschaft mit deren Sitzen und Vorurtheilen leben, so müßten sie diesen Rechnung tragen und so könnten sie auch sich nicht dem Duell entziehen, falls dasselbe ihnen als eine gesellschaftliche Verpflichtung aufgezwungen werde. Um Ubriges wünsche ich herzlich verurtheilt zu werden, da er von vornherein entschlossen gewesen sei, die Verantwortlichkeit für seine rechtswidrige Handlung zu tragen.

Es ist nicht zu verkennen, daß Vandervelde jetzt eine correcte Stellung einnimmt; indessen kann das natürlich den Vorwurf nicht aufheben, daß er durch Annahme der Forderung sich eine Blöße gegeben hat. Der Vorwurf muß um so schwerer sein, als Vandervelde zu den ruhigsten und besonnensten unserer belgischen Genossen gehört.

Frankreich.

Aus Madagascar kommen böse Nachrichten. Im Süden der Insel herrscht vollständige Anarchie. Die verschiedenen Stämme liegen miteinander im Kampfe. Die Beamten aus dem herrschenden Hovasstamm haben alle Autorität verloren. Im Südosten haben sich die unterjochten Völkerschaften gegen die Hovas empört und ihnen eine blutige Niederlage beigebracht. Die Unordnung wird vermehrt durch die von allen Seiten herbeiströmenden Einwanderer von asiatischen und afrikanischen Glückenrittern... Raub, Mord, allgemeine Unsicherheit — das sind also vorläufig die Früchte der „siegreichen“ Expedition.

England.

Frauenstimmrecht. Der im Jahre 1872 gegründete Verein für das Wahlrecht der Frauen in England, „The Central National Society for Womens Suffrage“ veröffentlicht eine Liste derjenigen Mitglieder des neuen Parlaments, welche für das Frauenwahlrecht einzutreten geneigt sind. Es sind 316 von 670, wozu noch eine Anzahl hinzukommen dürfte, deren Parteimitgliedschaft bisher noch nicht bekannt ist. Bei der raschen Entwicklung der Frage ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in wenigen Jahren im Unterhause eine Mehrheit für das Frauenstimmrecht gewonnen sein wird.

Italien.

Die Friedensvorschlüge, welche aus dem abessinischen Lager an das italienische Generalcommando gelangt sind, wie der italienische Unterhändler selbst versichert, offenbar ernstgemeint sind, finden in Italien, je nachdem sie von unabhängiger oder von ministerieller Seite aus beurtheilt werden, eine sehr verschiedene Aufnahme. Die Organe der unabhängigen öffentlichen Meinung heben hervor, daß die Waffenruhe der italienischen Colontiatruppen keineswegs eine Fortsetzung des Krieges erfordert; diese Ehre sei durch die erfolgreiche und für die Abessinier sehr verlustvolle Verteidigung des Forts Makalle vollständig gewährleistet worden. Eine Fortsetzung des Krieges könne auch im Falle des Sieges keine Früchte bringen, welche eines langen und kostspieligen Kampfes werth wären; der Erfolg könne höchstens in der Ausrottung der Abessinier und in der Besitzergreifung von weiten Länderstrecken, aus denen man keinen Nutzen ziehen könnte, bestehen. In ganz entgegengegesetztem Sinne spricht sich die officiöse Presse aus. Sie sieht in den Friedensverhandlungen nur ein Mittel, das die Concentrirung der italienischen Truppen erleichtern könne. Sie erklärt sich bereit, das Ansehen der Abessinier, der Befehung von Makalle freien Abzug zu gewähren, anzunehmen; aber die Wiedervereinigung dieser Befehung mit dem italienischen Heere müsse den Beginn einer nachdrücklichen Offensive, also eines neuen Krieges bilden. Der entscheidende Sieg werde jetzt eher zu erlangen sein, als später, zu einer Zeit, wo die Abessinier sich eine bessere Bewaffnung verschaffen könnten. Der Hauptgrund für eine Fortsetzung des Krieges liegt für das Ministerium Gizi in den vortheilhaften Diensten, welche ihm der abessinische Krieg zum Zwecke der Ablenkung des öffentlichen Interesses von den inneren Angelegenheiten bisher geleistet hat und noch leisten zu leisten verspricht. Außerdem fällt der Umstand ins Gewicht, daß 12- bis 15,000 Mann weißer Truppen doch nun einmal in der Colonie angekommen sind und viele Millionen Lire für ihre Unterhaltung und Beförderung ausgegeben worden sind. Soll man diese Truppen

jetzt unverwendet lassen? Trotz der jahrzehntelangen Benutzung auf das „Nationalitätsprincip“, als die Grundlage des italienischen Staates, ist man doch auch in Italien chauvinistisch regungen, die man mit dem Beispiel der alten Römer zu rechtfertigen sucht, unter Umständen nicht unzugänglich.

Afrika.

Eine neue Colonial-Heldenthat ist bekanntlich von den Engländern vollbracht worden. Der „Heldenzug“ nach Nchanti (Westküste von Afrika) ist gelungen, Kamaifi, die „Hauptstadt“, ist eingenommen und England ist wieder einmal, wie die „Times“ erklärten, seinen ruhmreichen Ueberflüssen gerecht geworden und hat der Sklaverei, die Kamaifi unterte, ein Ende bereitet. Brembeh, der König von Nchanti, ist bestraft (wozu?), er muß sein aufgeschichtetes Gold ausliefern, um die Kosten des Feldzuges zu bestreiten (der überflüssig war, da er wiederholt alle Forderungen der Engländer annehmen zu wollen erklärt), er wird als Gefiß mit seinen Verwandten nach Cape Coast Castle geschleppt und wird wohl sein Reich nie wiedersehen. Denn Alles, was die „Times“ über die ruhmreichen Beweggründe dieses Feldzuges sagen, ist Heuchelei und Schwindel. Es ist ein neuer Freibergerzug. Die wahren Beweggründe verrathen die „Times“ selbst, indem sie am Schluß desselben Artikels erklären: „Wir standen in Gefahr, von den Märkten Innerafrikas von der Westküste aus abgeschnitten zu werden. Die Franzosen rücken rechts und links, von der Gambiaküste und von Daboneh aus nach dem Innern vor und es ist eine unabwendbare Nothwendigkeit für uns, daß wir uns selbst einen Weg nach denselben Gegenden sichern. Die Befehung Kamaifi thut das und mündet von uns das Unglück ab, uns von den Märkten des Innern abgeschnitten zu sehen.“ Das ist der wahre Beweggrund zu diesem Freibergerzug. Man mußte Kamaifi haben, und da der arme Teufel von Brembeh keinen Anlaß zum Krieg bot, so dachtete man ihm Verbrechen an und nahm seine wiederholt angebotene Unterwerfung unter den nichtigen und erbärmlichsten Vorwänden nicht an. Goldstaub und Elfenbein hatte er ja auch, und so war sein Anteil gesprochen. Man konnte sich mit nicht weniger als seinem Reich und seinen Schätzen zufrieden geben, und so kam es zum Feldzug, zur Einnahme Kamaifi, zur Enthronung Brembehs und zur Wegnahme seines Reiches und seiner Schätze als Kriegentrophäen. — So wird Colonialpolitik gemacht, und nicht nur von England.

Parteiangelegenheiten.

Auf dem rheinischen Parteitag wurde in der Nachmittags-Sitzung am Montag nach einer leider sehr ins Persönliche spielenden Debatte noch folgende Resolution gegen 14 Stimmen der Kölner Delegirten angenommen:

„Der rheinische Parteitag verurtheilt die Angriffe der „Rheinischen Zeitung“ gegen die Genossen Gewehr und Grimpe in Folge der von Genossin auf dem Breslauer Parteitag eingenommenen Haltung zur „Rheinischen Zeitung“. Der Parteitag hat sich überzeugt, daß die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen jeder Begründung entbehren und mißbilligt daher umso mehr die unter Parteigenossen bisher nicht gekannte gehässige und beleidigende Form, in welcher die Angriffe der „Rheinischen Zeitung“ erfolgten. Gleichzeitige fordert der Parteitag die Redaction der „Rheinischen Zeitung“ auf, die Verleumdungen gegen Gewehr und Grimpe in der Zeitung zurückzunehmen.“

Dann wurde beschlossen, die Rheinprovinz durch einen Delegirten auf dem Internationalen Congreß in London vertreten zu lassen. Gewährt dazu wurde Genosse Reipold. Dann wurde erneut das Verbreitungsgebiet der einzelnen in der Provinz erscheinenden Parteipresseorgane festgesetzt, was wiederum nicht ohne kleine persönliche Reibereien abging und erneut den Beweis lieferte, daß die ungenügend gesicherte Existenz der verschiedenen Parteiblätter ein Hauptgrund der Zwistigkeiten ist, indem eine auf Kosten des anderen sich die Abonnenten verschaffen möchte. Hoffentlich erinnern unsere Genossen in Rheinland und anderswo sich dieser Dinge, wenn aufs Neue das Drängen nach neuen Parteiblättern hervortritt, für deren Existenz nicht eine einigermaßen sichere Basis gegeben ist. Als Sitz der Agitation wurde wieder Eberfeld, als Ort zur Abhaltung des nächsten Parteitages Offen bestimmt. In seinem Schlusssatz richtete Genosse Reipold die dringende Mahnung an die Genossen, sich in Zukunft dieser zu vertragen, Reibereien zu vermeiden und die Aktionskraft der Partei gegen die Gegner zu richten. Wenn je, so war diese Mahnung hier am Platze. Und wir hoffen, daß unsere rheinischen Genossen in und außerhalb Solingens sich die Mahnung zu Herzen nehmen. Schon freuen sich die Gegner, daß durch solche Streitereien die Schlagfertigkeit der rheinischen Socialdemokratie gelähmt werde. Mögen die Genossen am Rhein wachen, daß dies nicht Wirklichkeit werde.

Der letzte heftige Provinzialparteitag fand am letzten Sonntag in Schwäge statt. Anwesend waren 46 Delegirte aus 27 Orten. Die Agitations-Commission war durch Genosse Gade, der Ausschuss durch Dettmar und die Presse durch Jobn und Hubn vertreten. Der Bericht der Agitations-Commission ergab, daß die Bewegung im Schwäger sowohl als im Rastener Kreis gute Fortschritte gemacht hat; auch in den anderen Kreisen fangen die Arbeiter an, selbst Hand mit anzulegen bei der Agitation. Für die Agitation sind durch Marlen und Lisen ca. 1000 Mark gesammelt. Zum Zweck besserer Agitation sollen für nächstes Jahr nach dem Beschlusse des Parteitages die einzelnen Manuskripte in Agitationsbezirke eingetheilt werden; wo die Kräfte zur energischen Arbeit in einem Bezirke nicht ausreichen, soll die Provinzial-Agitations-Commission eingreifen, eventuell der Parteiausschuss in Anspruch genommen werden. Ferner wurde die Agitations-Commission beauftragt, sich mit der Frage zu befassen, ob es nicht möglich ist, einen Volksatlas der unentgeltlich an die Landbevölkerung abzugeben zu können. Nächster Winter soll außerdem ein Flugblatt herausgegeben werden. Der Stand der Presse wurde als nicht ungünstig angegeben, obwohl keine wesentliche Erhöhung des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist. Als Reichstagscandidat wurde für den Wahlkreis Schwäge-Squalsteden-Warenhausen der Cigarrenmacher W. Hugo in Schwäge aufgestellt.

Gerichtliches.

Wie soll man's denn nun machen? Vor diese Frage hat die moderne deutsche Rechtsprechung wohl schon Tausende gestellt. Was das eine Gericht als maßgebend betrachtet, bleibt beim anderen straflos, und jedes Mal werden Gründe angeführt, das Urtheil zu rechtfertigen. In Berlin hatte der Selbstbegleiter Otto Kräfer ein Gesuch auf die internationale, revolutionäre Socialdemokratie ausgebracht. Der die Versammlung überwachende Polizei-Beauftragte Feld machte keine Meldung und Kräfer erhielt

wegen groben Unfugs einen richterlichen Strafbefehl von vierzehn Tagen Haft. Er beantragte richterliche Entlassung. Im Termin vor der 143. Abtheilung des Schöffengerichts beantragte der Anwalt, es bei der Haftstrafe von vierzehn Tagen zu belassen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Morris, wies dagegen darauf hin, daß sich der grobe Unfugstrafparagraph überhaupt auf Fälle wie den vorliegenden nicht anwenden lasse, da der Begriff des groben Unfugs offenbar die Erregung vom Lärm u. dergl. voraussetze. Beunruhigt habe sich durch das Hoch Niemand fühlen können, denn es sei das Hoch erst ausgebracht worden, nachdem auf die Frage, ob Gegner in der Versammlung seien, sich Niemand gemeldet habe. Aus diesen Gründen beantragte er die Freisprechung des bisher völlig unbescholtenen Angeklagten. Der Gerichtshof fand jedoch in dem Zusatz „international“, weil damit eine Vereinerung von Parteien, welche den Umsturz wollen, bezeichnet werde, einen groben Unfug und erkannte auf 30 Mark Geldstrafe oder 3 Tage Haft. — In Magdeburg fanden wegen des gleichen Vergehens vier Personen vor dem Landgericht als Berufungsinstanz. Von den Angeklagten war einer zu 12 Wochen wegen zwei solcher Hochs, einer zu 6 Wochen und zwei andere (dar eine sollte von einer Fälschung der Kaiser Depesche gesprochen haben) zu je 3 Wochen vom Schöffengericht verurtheilt worden. Das Landgericht vermochte nicht festzustellen, ob der eine der Angeklagten wirklich selbst eine Fälschung der Kaiser Depesche behauptet habe und was die Worte international, völkerverfeindlich betreffen, so seien diese wohl kaum anders als Volksverbrüderung, geistige Befreiung zu verstehen und daran werde kein Mensch Vergerniß nehmen oder sich dadurch beunruhigt fühlen. Es erfolgte hiernach Freisprechung. Der Zusatz revolutionär dagegen erregte auch bei dem Landgericht Anstoß, er erinnere an Gewalt und könne Nichtsocialdemokraten wohl beunruhigen. Der betreffende Angeklagte muß diesen Zusatz mit zwei Wochen Haft büßen.

Revisionsverhandlung gegen einen Todten. Der außerordentlich seltene Fall, daß gegen einen Todten in der Revisionsinstanz verhandelt wird, ereignete sich in der Freitag-Sitzung des 4. Strafsenates des Reichsgerichtes. Vom Schöffengericht in Schwabmünding wurde am 17. März 1893 der Amtssecretär Florian Weisel aus Biegenhals wegen Amtsunterschlagung und Fälschung amtlicher Urkunden unter Annahme milderer Umstände zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Er trat diese Strafe an und starb im Gefängnisse am 6. Jan. 1894 an Gehirnlähmung die als Folge von dementia paralytica eintrat. Seine Witwe beantragte nun die Wiederaufnahme des Verfahrens, indem sie die durch ärztliche Gutachten unterstützte Behauptung aufstellte, daß ihr Mann schon bei Begehung der ihm zur Last gelegten Handlungen an jener Krankheit gelitten habe. Am 28. August v. J. verhandelte das Landgericht Schmeidung ohne Erneuerung der Hauptverhandlung in nicht öffentlicher Sitzung über den Antrag der Witwe. Es wurde beschlossen, dem Antrage Folge zu geben und den Angeklagten nach seinem Tode freizusprechen, da das Gericht die Ueberzeugung erlangt habe, daß er bei Begehung der incriminirten Handlungen an einer krankhaften Störung der Geisteshätigkeit gelitten habe. Die der Witwe Weisel erwachsenen notwendigen Auslagen wurden der Staatskasse auferlegt. — Wegen dieser letzteren Bestimmung allein legte die Staatsanwaltschaft Revision gegen das Urtheil ein, indem sie behauptete, es bestehe keine gesetzliche Bestimmung, wonach die der Witwe eines unschuldig Verurtheilten in einem solchen Falle erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden können. — Das Reichsgericht verwarf die Revision gemäß dem Antrage des Reichsanwalts als unbegründet. Demnach ist der hier vorliegende specielle Fall in der Strafproceßordnung nicht vorgehoben, so sei doch aus analogen Bestimmungen zu folgern, daß die getroffene Entscheidung der Revision gerechtigt sei.

Fernisches.

In großer Gefahr schwebten am Montag in Erlbach bei Heilbronn die Schüler einer Klasse. Der Lehrer dieser Klasse hatte sich kurze Zeit aus dem Schulzimmer entfernt, und als er wieder zurückkehrte, fand er sämtliche 30 Kinder in bewußtlosem Zustande auf den Bänken liegend. Schnell öffnete er Fenster und Thür und trug die Kinder ins Freie. Nachdem sich bei den meisten noch Erbrechen eingestellt hatte, erholten sie sich aber sehr bald wieder. Das Unglück soll nach den „Mündl. Neuest. Nachr.“ dadurch entstanden sein, daß aus dem beschädigten Dampfkessel Kohlenoxydgas entströmte war.

Cultusminister. Dr. Hoffe hat sich kürzlich als Dichter versucht. Im „Wirtschaftsbuch für deutsche Beamtenfrauen“ steht ein Neujahrsgebiß von ihm, das in toller Frömmigkeit wie folgt ausklingt:

Und dann auch giebt, was Du gelebt,
Was Du gethan, was Du erprebt,
Was Du geglaubt, was Du gemollt,
Was Du gekämpft, was Du geollt,
Dir unabweislich das Geleit
Hinüber in die Ewigkeit,
O denke dran bei jedem Schritt:
Was Du hier lebst, es gehet mit — hinüber, hinüber!“

Da war doch der Vorgänger des Herrn v. Hoffe, der feig nachlassend v. Wähler ein anderer Kerl. Obgleich mindestens mit demselben erfolglosen Eifer auf die Erhaltung der geistlichen Weltordnung bedacht, wie der gegenwärtige Minister der geistlichen Angelegenheiten, sang er doch, der Verderei zum Trost, das frohliche Lied: „Ged' aus dem Wirthshaus, da komm' ich heraus!“

Der Perlenfund im Wirthshaus. Ein etwas altlicher Schwindel ist vor einigen Tagen in Paris wieder mit dem gemünzten Erfolge ausgeübt worden. Zwei Maler, wenigstens mußte auf diesen Beruf wegen des Costums der Herren und das von einem derselben in der Hand gehaltenen Farbensaftens geschlossen werden, traten in ein kleines Restaurant der Rue Solain-Georges und ließen sich ein Dutzend Kupern von der sehr geschätzten Speise der Marennen aufräumen. Beim Verschlucken der letzten Kupfer stieß einer der jungen Leute plötzlich einen Schrei aus. „Was hast Du denn?“ fragte ihn sein Begleiter. — „Ich habe mir an einem Steine beinahe einen Zahn an gebissen“, erwiderte der Angeredete und zog bei diesen Worten einen harten Gegenstand aus dem Munde. — „Das ist ja eine Perle“, rief er in triumphirendem Tone aus. Sein Begleiter bemerkte darauf, daß die Kupfer, in der der löbliche Fund gemacht worden war, eigentlich ihm zukomme, da er nur fünf, sein Freund aber sieben Kupern verschluckt habe. Sie gerieten hierüber in einen heftigen Streit und machten bereits Miene, sich in die Haare zu fassen, als der Wirth als Vermöher und Schiedsrichter dazwischentrat. Man kam dahin überein, daß der Wirth den Beiden ein reichliches Frühstück serviren sollte, ohne eine Bezahlung zu verlangen, wogegen er, da ihm ja schließlich auch ein Recht auf die gefundene Perle zustünde, selber derselben würde. Die beiden Herren nahmen ein sehr reichhaltiges, mit guten Weinen gehörig angefeuchtes Mahl ein, das auf 35 Frs. zu stehen kam. Darauf drückten sie dem guten Wirth die Hand und gingen davon. Vor der Thüre brachen Beide in ein schallendes Gelächter aus. „Sieh Einer an, wie zufrieden sie sind!“ rief der Wirth aus. „Na, ich bin's auch.“ Ich habe meiner Frau noch kein Neujahrsgebiß gemacht und werde für sie diese Perle in einen Ring fassen lassen.“ Als der brave Mann zu diesem Zwecke sich an einen Juwelier wandte, erhielt er natürlich die erfreuliche Aufklärung, daß es sich um eine falsche Perle handle, die kaum zwei Sous werth, und daß er das Opfer zweier abgefeimter Schwindler geworden sei.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksrecht“.)

21. Sitzung vom 25. Januar 1896 — 1 Uhr.

Am Bundesrathstische von Bötticher. Eingegangen ist das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Materialien. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Allgemeine Verwaltung“.

Beim Titel „Unterstützung des deutschen Fischereivereins zur Förderung der künstlichen Fischzucht“ hebt

Abg. Dehl zu Hirschheim (natlib) die Verdienste des Fischereivereins um die Förderung der Fischzucht in den deutschen Binn- und Seen hervor. Die Zahl der Fische nehme leider beständig ab, einmal in Folge der Vermehrung der Dampfschiffe, dann aber weil in Folge der Stromregulierungen den Fischen die natürlichen Laichplätze fehlen. Am Oberrhein sei kaum noch von einem richtigen Salmsfang die Rede. In Holland würden dagegen noch sehr viele Abetlache gefangen. Vielleicht trage hieran der Mangel der deutschen Fische nicht genügend gewahrt. Nebenbei sei die Forderung dieser Convention an

Staatssecretär von Bötticher erwidert, man habe die Frage wohl erwogen, aber sich schließlich doch entschlossen, den Versuch nicht zu tätigen, da es auch für die Abetlacher vortheilhaft ist, indem er auch den Holländern Beschränkungen im Fischefang auferlegt. Weitere Concessionen Hollands seien nicht erzielbar, sondern habe der rheinische Fischefang sich in letzter Zeit um 2000 Stacks höher gestellt, als 1870 bis 90 und bei Abnahme des Fischefangs würden die Holländer was alle Fische wegfangen.

Abg. Prinz Schöneck-Carolath (natlib) schließt sich den Ausführungen des Abg. von Dehl an. Deutschland züchte und Holland fange und verkaufe die Fische. Die Regierung möge sich doch mit dem deutschen Fischereiverein in Verbindung setzen, damit der Vertrag mit Holland, der jetzt abläuft, nicht aufgehoben, aber einer Revision unterzogen werden.

Staatssecretär von Bötticher erklärt seine Bereitwilligkeit hierzu, constatirt aber noch einmal, daß der Fortschritt des Fischefangs die oben erwähnte Zunahme des Fischefangs zu begründen habe.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, an der sich auch die Abg. von Dehl und Prinz Carolath beteiligten, wird die Discussion geschlossen und der Titel bewilligt.

Beim Titel „Förderung der Fischerei“ erwidert Staatssecretär von Bötticher auf eine Anfrage des Abg. Richter (Sociald.), das Unerfüllte an Fischereigenossenschaften und auch an einzelne Fischer mit gutem Erfolge gewahrt worden sind. Die Unternehmungen erfolgen je nach Bedürfnis als Darlehen oder als fond perdu. Von einer Berufstätigkeit der unrentablen Personen müsse er absehen. Er sei aber gern bereit, jedem Abgeordneten, der sich dafür interessiert, jede gewünschte Auskunft zu geben. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 12 „Dampferverbindungen mit Ostasien und Australien“ bringt

Abg. Dr. Gahn (wildconf.) bringt wie im Vorjahre die Frage der Überbürdung der Schiffsjungens und Schiffmannschaften auf den Dampfern zur Sprache. Auch die Gehälter des norddeutschen Staats seien sehr gering. Der Titel wird darauf bewilligt.

Zu Titel 16 „Zuschuß zur Invaliditäts- und Altersversicherung“ liegt folgender Antrag des Abg. Auer u. Genossen (Sociald.) vor:

Der Reichstag wolle beschließen, die veränderten Bestimmungen zu erlassen, dem Reichstage noch in dieser Session dem Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch

a) die §§ 9, Abs. 4, 16 und 157 des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abgeändert werden, daß jeder Beschäftigte, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, einen Nachschuß auf Altersrente erhält und

b) die §§ 9, Abs. 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Beschäftigten, welche in Folge ihres geringen oder förmlichen Einkommens nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Abg. Brühne (Sociald.) begründet den Antrag. Das 60. Lebensjahr für den Bezug der Rente zu hoch gehalten sei. Die Arbeiterklasse habe sich vornehmlich auch in anderen Parteien ihren Lohn gekostet. Das Haus habe schon mehrfach eine Revision des Alters- und Invaliditätsgesetzes gefordert. Inzwischen aber müßten die dringenden Bedürfnisse abgeklärt werden. Bei der Altersgrenze von 70 Jahren können nur sehr wenige Arbeiter in den

Genuß der Rente, andererseits sei es ungerecht, den halb erwerbsfähigen Arbeitern die Invalidenrente vorzuenthalten. Gerade zwischen dem 60. und 70. Lebensjahre werden die meisten Arbeiter arbeitsunfähig. In einem Staate, wo ungezählte Millionen für Militärzwecke ausgegeben würden, sollte auch Geld für Erwerbung der Socialreform da sein. Uebrigens sei er der persönlichen Meinung, daß die Arbeiter gern wöchentlich ein paar Pfennige mehr zahlen würden, wenn sie eine anständige Invaliden- und Altersrente vom 60. Jahre an zu erwarten hätten. Graf Mirbach habe zwar einmal gesagt, die Gewerbetreibenden sorgten für ihre Arbeiter von dem Augenblicke an, wo sie arbeitsunfähig würden. Herr v. Boetticher widerbrach dem Grafen Mirbach, und er hat Recht. Die Verhältnisse sind meistentheils geradezu kläglich. Es handelt sich um die Arbeiter, von den neuen Herr von Mirbach sprach, die nichts weiter besitzen, als ihre Arbeitskraft. Ich erlaube Sie, stimmen Sie unsern Anträge zu. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (Gr.) beantragt, den Antrag Auer abzu- lehnen und dafür eine Resolution anzunehmen, in der die Regierung zur schleunigen Revision des Gesetzes aufgefordert wird unter Berücksichtigung der Grundzüge, daß die Voraussetzungen zum Bezug der Alters- und Invalidenrente erleichtert und vereinfacht werden, daß eine Erhöhung der Invalidenrente, namentlich unter Berücksichtigung unterverordneter Angehöriger erfolgt, daß drittens die Wittwen- und Waisenfürsorge einbezogen wird.

Der Redner ist mit den einzelnen Ausführungen des Vorredners im Allgemeinen einverstanden, glaubt aber, daß der socialdemokratische Antrag nur geeignet sei, die Revision des Gesetzes zu beschleunigen. Herr von Bötticher werde hoffentlich über den Stand der Revision Auskunft geben. Die Kosten würden bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre bis zum Jahre 1900 betragen 388 Millionen, bei Herabsetzung der Grenze auf 60 Jahre 704 Millionen. Das bedeute eine Erhöhung des Beitrags auf das Doppelte. Die Invalidenrenten würden diese Erhöhung kaum zahlen, aber den Arbeitern in der Landwirtschaft sei das nicht möglich. Es rühe sich jetzt, daß das Gesetz nicht bloß für die Industriearbeiter gemacht sei. Sollte man die Annehmlichkeiten für die Reservefonds einstellen, so könnte man mit einem Schlage die Rente erhöhen. Die erste Aufgabe müßte es sein, die Invalidenrente zu erhöhen, sie sei wichtiger, wie die Altersrente. Es müßte ferner ein Ueberschneidung des Krankenversicherungs- und Invaliditätsgesetzes bewerkstelligt werden, damit nicht gerade derjenige dem Gläubigen preisgegeben wird, der längere Zeit krank ist.

Staatssecretär von Bötticher: Wir haben stets das Bedürfnis anerkannt, daß wir auf dem Wege der Socialreform fortschreiten und das Gesetz verbessern müßten. Es ist die Frage entstanden, ob eine fundamentale Reorganisation am Platze sei. Es hat darüber eine Conference stattgefunden. Wenn dazu Arbeiter nicht herangezogen wurden, so lag das daran, daß es sich vornehmlich um veränderungsbedürftige und Verwaltungsmaßregeln handelte und wir durch die Arbeitervertreter hier im Reichstage über die Wünsche in Arbeiterkreisen ja ganz genau unterrichtet sind. Mit einer Vorlage ausgearbeitet, dann werden auch die Arbeiter zur Beratung hinzugezogen werden. Vorläufig müßten wir abwarten, wie sich die preussische Regierung dazu stellt. Ganz so mit der Revision des Invaliden- und Altersrentengesetzes wird immer dringender. (Auf links: Es wird noch sehr lange dauern.) Das wollen wir doch erst abwarten. Die Invalidenrente ist nicht hoch (Auf links: Sie lautet gar nichts.) Auch das ist möglich. Aber wenig ist besser, als gar nichts und der Arbeiter mag sich beklagen, daß er nicht hoch ist, erheben wird er es immer. (Auf links) So wünschten wir die Durchföhrung des Antrages der Herren Socialdemokraten wäre, so meine ich doch, daß wir zur Zeit nicht darauf eingehen können.

Abg. Redner v. Stumm (Sociald.) sagt, daß der Arbeiter als Vertreter der Arbeiter bezeichnet habe. Vertreter der Arbeiter sind wir alle, nur mit dem Unterschiede, daß wir die meisten Freunde der Arbeiterklasse sind, die Socialdemokraten aber ihre Feinde. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Das zeigt sich auch bei den Verhandlungen, die wir über die Revision des Socialdemokraten hinaus gegen ihren Willen gemacht haben. (Auf links) Das wird sich auch bei dem vorliegenden socialdemokratischen Antrag zeigen. Ist man ein Freund der Arbeiter, wenn man Handhabe fordert? Und bei vorliegender Vorlage werden Handhabe, ist ein Schlag ins Gesicht. Der Antrag kann wohl ohne Weiteres abgelehnt werden, geht er doch nicht einmal an wie die Vorlage für die Arbeiterverbindungen, welche werden sollen. Sie haben schon die von der gestrigen Verhandlung der Altersgrenze um 10 Jahre leben würde — 700 Millionen — bitten wir und alle von unrentablen Schritten. Auch mit dem Art. 9. 1. und nicht viel zu werden kann, wenn durch die Umwandlung der Arbeiterverbindungen zum Versicherungsverein die Rente allein für die Unterhaltung der Familien und Waisen nicht mehr gedeckt werden können. Die Versicherung aller der Beschäftigten in eine Rente nicht mehr sein. (Auf links) Herr v. Stumm der Socialdemokraten und der Socialdemokraten. Es handelt sich die Selbst-

verwaltung haben wir in den Berufsgenossenschaften. Natürlich müßten die Arbeiter, wenn sie hier hineingezogen und mitarbeiten sollten, auch mit zahlen, d. h. — die Hälfte der Beiträge zur Unfallversicherung zahlen; dafür könnten die Unternehmer die Hälfte der Krankenkassenbeiträge übernehmen. Auf keinen Fall dürfe die Industrie mehr belastet werden. Sonst bleibe sie nicht mehr concurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Um ihr diese Concurrenzfähigkeit zu erhalten, müßten auch alle Versuche bekämpft werden, den englischen trade-unionismus auf Deutschland zu verpflanzen. Die Trade-unions seien das Grab aller Disciplin. Und gerade auf der Disciplin, in der die Arbeiter gehalten werden, beruhe die Ueberlegenheit der deutschen Industrie.

Abg. Schmidt-Eberfeld: Daß Vereinfachungen in der Versicherungsgebung nötig sind, erkenne auch ich an. Aber das Wie ist schwer zu beantworten. Das haben wir in der Enquetecommission geübt, die sich seiner Zeit damit beschäftigte. Sie hielt eine grundsätzliche Vereinfachung der Grundlagen der Versicherung für unzulässig und schlug nur Verbesserungen im Einzelnen vor. Die beiden vorliegenden Anträge können nur richtig beurtheilt werden auf Grund bestimmter Rechnungsverhältnisse. Will die socialdemokratische Fraction die Millionen, die die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre erfordern würde, durch Erhöhung der Beiträge aufgebracht sehen? Die Arbeiter würden damit, glaube ich, nicht einverstanden sein.

Abg. Hofmann-Dillenburger (nationallib. Hospitalist): Daß uniere Versicherungs-Gesetzgebung verbesserungsbedürftig sei, werde von keiner Seite bestritten. Im Princip sei die national-liberale Fraction für eine Vereinigung der drei Versicherungen. Leider sei nach den Ausführungen des Staatssecretärs die Verwirklichung dieses Gedankens in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die vorliegenden zwei Anträge böden nicht viel Neues, sie seien bereits wiederholt eingebracht worden. Vor allem müßte man vermeiden, der späteren Vereinfachung zu präjudiciren. Den Antrag Auer erklärt Redner für unannehmbar, dagegen stehe er dem Antrag Hise in mancher Hinsicht sympathisch gegenüber.

Abg. Schall (cons.): Eine höhere Versicherungslast könne die Landwirtschaft nicht übernehmen. In vielen Fällen bezahle die Landwirtschaft auch die Beiträge für die Rente. Eine Vereinfachung der Alters- und Invaliditäts-Gesetzgebung sei dringend geboten. Besonders bedauerlich sei es, wenn Arbeiter, die ihre Beiträge gewissenhaft geleistet hätten, wegen formaler Fehler vom Genuß der Altersrente ausgeschlossen würden. Dem Antrag Hise würden die Conservativen zustimmen, dem Antrag Auer aber nicht, weil seine nothwendige Folge die Erhöhung der Beiträge wäre. Die Conservativen seien nach wie vor Freunde der Weiterentwicklung der Socialreform. Die Socialdemokraten hätten freilich so, als wenn sie die eigentlichen Vertreter der christlichen Nächstenliebe seien. Was es mit dieser Nächstenliebe bestritt sei, dafür lege die Weihnachtsnummer der „Gleichheit“ Zeugnis ab. Frau Ihrer geübtes Blatt heraus, die „Jugend und nur nahe steht“ (Große Heiterkeit), denn sie ist aus meinem Wahlkreis. In dem Weihnachtsartikel dieses Blattes werde der Klaffenhaß und der Klassenkampf geißelt und von dem Messias gesprochen, der mit Schwertesklang kommen werde. Das sei das wahre Gesicht der Socialdemokratie. Wenn die Socialdemokratie ihre Stellung zur Versicherungsgebung jetzt ändere und einen Abänderungsantrag einbringe, so plügte sie damit mit unserem Kalbe. (Große Gelächter.)

Abg. Gamp (freis.): Der Antrag Auer ist für uns vollkommen unannehmbar. Für die Landwirtschaft sind schon die eigenen Beiträge für die Altersversicherung zu hoch. Es muß ein Weg gesucht werden, die Beiträge auf andere Weise aufzubringen. Will man nicht zum Tabakmonopol greifen, das schon Kaiser Viktor als Patrimonium der Erbschaft einführen wollte, so bleibt als sehr bequemer Weg die Erhöhung der Salzsteuer. Die Salzsteuer ist eine Kopfsteuer, ihr kann sich niemand entziehen. Durch ihre Erhöhung könnten alle Versicherungsbeiträge gedeckt werden. Damit würde die Individualversicherung der Arbeiter aufgehoben und jeder Einzelne ohne weiteres durch die Zahlung der Salzsteuer Anspruch auf Unterstützung im Alter erwerben, also auch Rente, die in unglücklicher Lage gerathen sind. Daneben müßte eine Gleichberechtigung eingeführt werden. Viele Verwaltungsstellen liegen sich so ersparen und für die Arbeiter verwenden, ebenso die Marktscheiter und das Aufwahren der Duntungsstellen. Mit einer Salzsteuer, die pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr eine Mark aufbringt, könnte man so die gesamten Beiträge der Arbeiter zusammenbringen. Die der Unternehmer liegen sich leicht durch Zuschläge zur Grundsteuer oder zu anderen directen Steuern decken. Auf diesem Wege könnte man die Versicherung sehr bequem auf die Handwerker und kleinen Bauern übertragen.

Abg. Gahn (Sociald.): Viktor hat als Patrimonium der Erbschaft das Tabakmonopol bezeichnet, jetzt hat Herr Gamp als neues Patrimonium der Erbschaft die Salzsteuer entdeckt. Wir werden aber auf seinen Vorschlag nicht eingehen und glauben auch, er wird bei den übrigen Parteien nicht viel Anklang finden. (Fortsetzung in der Beilage.)

Stadt-Theater. Montag: Wiederholung d. Feindverstellung zur 2. Abtheilung. 25. Jahrgang. General-Lage der Theaterverhältnisse des deutschen Reiches. Dienstag: „Sigena“.

Victoria-Theater. (Gemeiner-Saal). Budapest. Posen-Theater. Anfang des Concerts 7 Uhr. Der Fortsetzung 7 1/2.

„Harmonie“. Musikstr. 27. Capistr.

Große Künstler-Vereinigung. Anfang 8 Uhr.

Die socialdemokratische Reichstagsfraction. Capistr. Nr. 27. Preis 75 Pfg. In beiden durch die Expedition.

Sopha. Einmalig zu haben. Preis 15 Mk. an. In der Friedrichstr. 27. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Wilhelm Langner, Cigarren-Fabrik. Bismarckstr. 38. räumlich sehr großer selbstgeleiteter Cigarren einer geübten Handlung.

Julius Philipp's. Barbier, Friseur und Schneider-Cabiner. Friedrich-Wilhelmstr. 51. Bauer-Jahn u. Bollmann liegt aus.

Der Wahre Jacob. Nr. 248. In der Friedrichstr. 27. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Schindler, Tapezierer. In der Friedrichstr. 27. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verband der Satler und Tapezierer. Oeffentliche Versammlung. Sitzung, am 25. Januar etc. Abends 8 Uhr im „Merker“, Schöneberg. Tagesordnung: 1. Sitzung des Gewerkschafts. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zum Gewerkschafts-Conferenz. 4. Bericht über den Einberufen.

Der wahre Sarg-Magazin. In der Friedrichstr. 27. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Th. Muszynski, Tischlermeister, 40. Gräbichener-Str. 40. In der Friedrichstr. 27. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Der Ausverkauf des Bruno Lomnitz. Concurs-Waaren-Lagers. In der Friedrichstr. 27. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die Schuhfabrik von Max Treitel jr., Reussstr. 40. 575. empfiehlt ihre selbstgefertigten, nach Wiener Façons dauerhaft hergestellten Schuhwaaren zu nachstehenden Preisen: Herren-Halbi-der-Gamaschen von Mk. 7,50-10.- Herren-Halbspiegel-Gamaschen von Mk. 6,50-10.- Damen-Glacc-Gamaschen von Mk. 7,50-9.- Damen-Kalbs-, Korb-, Sechens-Gamaschen von Mk. 5,00-7,50 Knabenstumpfenstiefel in allen Lederarten von Mk. 4,00-6,00 Filz-Hauschuhe für Damen und Herren von Mk. 1,00-3,50 Extra-Ruff. Gummi-Boots für Herren, Damen u. Kinder von Mk. 1,50-5,00 Ballschuhe, die größte Auswahl erster Wiener, in allen Farben von Mk. 2,50-5,00 vorräthig in allen Façons. Gemachte Waaren sind ausschließlich Handarbeit und nur aus Ledertheilen gefertigt, jede Handfabrikation ausgeschlossen.

Zwei Tage Staatsdebatte. Sterngraphischer Bericht der Verhandlungen des Reichstages über den Septemberkurs am 11. und 12. Dezember 1895. Preis 15 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Exped. d. „Volksrecht“.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

nicht nur daran erinnern, daß die Salzsteuer bei der sogenannten Rebellion in Schlesien stark im Vordergrund stand. Das Salz mußte eben damals wie heute bei den armen Leuten Schmalz und Butter erzeugen. Eine Salzsteuer ist eines Kulturstaats unwürdig. Herr Camp aber will sie noch erhöhen, das konnte ich ihm vorerst wirklich nicht zutrauen. Es giebt andere Mittel und Wege, um die Summen aufzubringen, die zu einer wirklichen Arbeiter-Versicherung nöthig sind. Ich wende mich zum Pastor Schall. Der Herr bezeichnete sich als Vertreter der Arbeiter in seinem Wahlkreis. Den Arbeitern ist es leider nicht gelungen, ihn aus dem Wahlkreise zu verdrängen, es wird ihnen hoffentlich das nächste Mal gelingen. Was Herr Schall beantragt, ist nicht falsch noch richtig, deshalb begehren wir auch die National-liberalen dafür. (Weiterkeit.) An die Wichtigkeit des Interesses für die Arbeiter kann ich bei Herrn von Summ nicht recht glauben. Sein specieller Freund, Herr von Kardorff, hat doch geäußert: Wenn er gewußt hätte, daß das Socialversicherungsgesetz fallen würde, hätte er nie für das Altersversicherungsgesetz gestimmt. Wie Herr von Kardorff dachten wohl auch seine Parteigenossen. Sie wollten das Altersversicherungsgesetz den Arbeitern als Zudeckbrot für die Peitsche des Socialversicherungsgesetzes geben. Die Herren auf der rechten Seite spielen sich immer als Vertreter der Arbeiter auf. Von Herrn v. Büttcher aber sind wir heute bedingungslos als Vertreter der Arbeiter anerkannt worden. Die Herren wollen die Arbeiter wohl vertreten, gestatten ihnen aber keine eigenen Gedanken. Herr von Summ behandelt seine Arbeiter wohl als Maschinen, aber nicht als Menschen. Die Regierung hat durch ihren Ausschuss der Arbeiter bei der Conferenz wieder deutlich beteuert, daß sie sich als Vertreter der capitalistischen Gesellschaftsklassen fühlt. Man hat ja auch früher keinen Arbeitervertreter hinzugezogen (Herr von Büttcher schüttelt mit dem Kopf). Nun, Herr v. Büttcher, nennen Sie mir doch einen Fall, wo socialdemokratische Arbeiter von der Regierung zur Berathung hinzugezogen worden sind? Höchstens hat man einmal die Vertreter der Gewerkschaften gehört. Herr Hüge hat noch am Sachlichen gesprochen. Wir haben selbstverständlich nichts gegen seinen Vorschlag die Wittwen und Waisen in die Versicherung einzubeziehen. Die Jubiläumrente ist heute zu schwer zu erlangen. Sie die ärztliche Untersuchung beendet wird, vergeht so lange Zeit, in der der Jubilande dem größten Theil preisgegeben ist. Die Herabsetzung der Altersgrenze ist notwendig, denn das 70. Lebensjahr wird thatsächlich nur von einem geringen Procentjahre der Arbeiter erreicht. Ist es denn etwas so Unerhörtes, daß der Arbeiter, der bis zum 60. Jahre gearbeitet hat, in den Genuß einer Rente komme! Ist es denn das deutsche Reich wirklich mit dem Satz erfüllt, an der Spitze der Socialreformer zu marschieren, dann müßten Sie unseren Antrag annehmen. Der Resolution des Herrn Hüge könnten wir zustimmen, wenn wir glauben könnten, daß es dem Centrum wirklich Ernst mit der Resolution ist. Bei Herrn Hüge glauben wir an diesen Ernst, bei dem ganzen Centrum nicht. Der größte Theil des Centrums steht wohl heute noch auf dem Standpunkte Winthorps, der das ganze Altersversicherungsgesetz als den ersten Schritt zum socialdemokratischen Staat bezeichnet und vor diesem Schritt warnte. Die Resolutionen des Centrums haben bisher noch gar keinen Erfolg gehabt, weil diese große und mächtige Partei nicht energisch gegen die Regierung auftritt. Würde sie Kopfschütteln beim Willkürlichen machen, würde sich die Regierung zu Concessionen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes schon bereit finden lassen. Das Centrum vertritt den Arbeiterschutz aber nicht ernsthaft, es will sich nur äußerlich gegenüber seinen Wählern. Redner bringt den Fall des schlesischen Webers zur Sprache, dem die Unterstützung versagt worden ist, weil er Socialdemokrat war. (Hüge: Schluß!) Es dauert ihnen so lange meine Herren. (Hüge reagt: Jawohl.) Wir haben am Anfang der heutigen Sitzung Ihrer langen Redebeiträge zuhören müssen, der Antrag Raths hat uns auch wieder zwei Tage gekostet, Sie können mich nun auch noch ein Weilchen anhören. Ich muß noch etwas anführen. Es ist in weiteren Kreisen der Berathungen die Meinung verbreitet, daß die colossale, jetzt schon an-

gesammelte Summe eines schönen Tages im Falle eines Krieges zu Kriegszwecken verwendet wird. Es ist wirklich kein Grund einzusehen, weshalb diese colossalen Gelder angeammelt werden. Man gebe den Arbeitern durch Erhöhung der Rente, das für sie und durch sie angeammelte Geld zurück. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Hg. Dr. Hüge (Str.) Die Ausführungen, die der Vorredner vom Hg. Winthorst machte, hat dieser allein auf den Reichsausschuss gemacht. Die Bemerkung des Vorredners, daß es der Centrumpartei nicht Ernst mit der Socialreform sei, kann ich nur mit Enttäuschung zurückweisen.

Die Discussion wird hierauf vertagt.

Persönlich bemerkt Hg. v. Stumm (St.), daß er in den Fragen des Arbeiterschutzes sehr wesentlich von seinem Freunde v. Kardorff abweiche. Er habe weiter zu constatiren, daß der Hg. Camp die Bemerkungen über die Salzsteuer nur für seine Person gemacht habe.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Etat des Reichsamts des Innern. Novelle zur Gewerbeordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Locales.

Breslau, den 27. Januar 1896.

* Wie man uns behandelt, das hat sich wieder einmal am gestrigen Sonntag gezeigt. Der Kreisvertrauensmann, Genosse Kai, hatte die Genossinnen und Genossen zu einem geselligen Beisammensein in das Local des Herrn Kottrowsky (Schloßstraße 100) eingeladen. Der Besuch ließ denn auch nichts zu wünschen übrig; der kleine Saal war bald gefüllt und die Anwesenden unterhielten sich in ruhiger, gemüthlicher Weise, wie dies bei solchen Zusammenkünften nicht anders sein kann. Doch da, wo einige Socialdemokraten beieinander saßen, da schüt auch nie die Polizei. Sie war auch hier zur Stelle und waltete ihres Amtes in höherem Auftrage. Raum war nämlich von den Genossinnen und Genossen ein allerding nicht „patriotisches“ Lied gesungen worden, da trat der Herr Commissarius des Bezirks auf den Plan und — löste die Versammlung auf. Das gesellige Beisammensein hatte auf diese Weise vorzeitig ein Ende erreicht und die Anwesenden verließen unter Kopfschütteln das Local. Wir haben in Breslau schon so manches erlebt, vieles, was polizeilichereits uns gegenüber geleistet wird, kann uns nicht in derartigen mehr aufregen, aber diese „Versammlungsaufhebung“ stellt denn doch alles bisher an „Besäufungsmaßregeln“ geübt in den Schatten! Sind wir denn schon völlig rechtlos, gewissermaßen vogelfrei? Wenn es schon möglich ist, Gesinnungsgenossen, die am Dienstag gemüthlich plaudern oder ein Lied singen, einfach aufzulösen, muß man wirklich zu der Ueberzeugung kommen, daß gegen uns eben einfach Alles erlaubt ist. Womit will man denn die Auflösung dieser „Versammlung“ begründen? Ruft sich etwa die Polizeibehörde auf das Vereins- und Versammlungs-gesetz? Wir wären wirklich begierig, zu hören, welche Paragraphen derselben da in Anwendung kommen könnten. Nun, es kommt ja sicher in der Angelegenheit noch zu einem Proceß, da man doch den „Einberufer“ der „Versammlung“ wegen Vergehens gegen das Vereins- und Versammlungs-gesetz unter Anklage stellen muß. Dann wird sich

noch weiter hinreichend Gelegenheit bieten, die neueste Bestimmung unserer hauptstädtischen Polizei nach Gebühr zu würdigen.

Im Anschluß hieran können wir gleich mittheilen, daß auch das Kränzchen der freien Turnerschaft, welches gestern im Kornemann'schen Saale auf der Gräblichenerstraße stattfand, gegen 11 Uhr von der Polizei aufgelöst wurde. An diesem Kränzchen sollen nach der Meinung der Polizei 150 bis 200 Theilgenommene haben, so daß hier eigentlich kein Vereins-Vergnügen, sondern ein „offentliches“ veranstaltet war, für welches eine Genehmigung nicht vorlag. Ein gerichtliches Nachspiel dürfte auch in dieser Sache die nöthige Aufklärung bringen.

* Zur Ausführung der Bahnsteigsperrung hat die Eisenbahndirection Breslau folgende Bekanntmachung erlassen: „Es ist, und zwar mit Erfolg, der Versuch gemacht worden, ohne Fahrkarte bezw. Bahnsteigkarte oder ohne Vorzeigung und Durchlochung derselben durch die Bahnsteigsperrung zu gelangen, um entweder die Bahn ohne Fahrkarte zu benutzen oder die nochmalige Benutzung einer gelassenen Fahrkarte zu ermöglichen. Insbesondere ist das letztere auch bei Rückfahrten vorgekommen, um dieselben zweimal zur Rückfahrt benutzen zu können. Derartigen Hinterziehungen kann nur durch sorgfältige Ausführung der Controlvorschriften begegnet werden. Die Stationsvorstände wollen daher hierauf besonders achten, die Bahnsteigkassierer entsprechend anweisen und darüber wachen, daß die Controlvorschriften auf das Genaueste zur Anwendung kommen. Selbstverständlich ist dabei jede unzulässige Befähigung des Publikums zu vermeiden.“ Ferner: „Die Betriebsinspektionen werden ersucht, ihr Augenmerk darauf zu richten und zu prüfen, ob auf den Bahnhöfen, auf welchen die Retiraden außerhalb der Sperrung liegen, also auf denjenigen, auf welchen diezüge nur ganz kurze Zeit halten, die Sperrung derart eingerichtet ist, daß die Retiraden vom Zuge aus durch die Sperrung auf möglichst kurze Wege und nicht erst auf Umwegen wie etwa um das Stationsgebäude herum erreichbar sind. Auch im Uebrigen wollen die Betriebs- und Verkehrsinspektionen auf Mängel in den Einrichtungen der Bahnsteigsperrung überall besondere Aufmerksamkeit verwenden und für Abhilfe sorgen, nöthigenfalls auch an uns entsprechende Anträge stellen.“

* Zur Ermordung der Elise Groß. Rechtsanwalt Dr. Hans Hoffmann in Berlin sendet der „N. Z.“ eine bestimmte Berichtigung der Mittheilung, daß der Mörder der Goldelse in Breslau in einem Grafen Volto Haslingen ermittelt worden sei. Es heißt darin:

Es ist un wahr, daß Graf Volto Haslingen als ein gänzlich verbummeltes Individuum von seiner Familie im Jahre 1893 nach Brasilien gesandt wurde. Der Genannte, welcher im October 1889 beim Ulanenregiment Nr. 1 in Militsch als Avantagur eingetreten und demnach Fähnrich geworden war, kam zur Kriegsschule, wo er im März 1891 wegen dauernder Kriegsunfähigkeit entlassen wurde. Aus eigenem Antrieb ging er im Herbst 1891 nach Brasilien, um sich dort als Landwirth eine neue

Aus dem Garten Europas.

II.

Ein portugiesischer Pestalozzi.

In den Tagen, da man hier den 150. Geburtstag des großen Volksbildners feierte, tauchte in Lissabon ein Mann die Augen für immer, der auch sein Leben in den Diensten des Volkes schenkte, der im wahren Sinne des Wortes ein Freund des Volkes gewesen ist. Dieser Mann hieß Joao de Deus Ramos — von Jedermann Joao de Deus genannt — der größte portugiesische Lyriker dieses Jahrhunderts und der treueste Lehrenter der Jugend. Er stammte aus einer Kleinbürgerlichen Familie in Algarva. Seines Vaters einziges Streben war, seine Kinder etwas lernen zu lassen, sie der Weisheit zu entreißen, und er wendete all' sein bischen lauter erworbenes Geld an die Studien der Söhne. Beide waren sehr mühselig, und so ward der eine zum theologischen, der andere, Joao de Deus, zum juristischen Berufe bestimmt. Der Jüngere ist der so früh verstorbenen „Pestalozzi Portugals“.

Wurde in das Siegesburth über die Gefangenahme des wilden Gunguhana und seiner fünfzig afrikanischen Weiber, mitten in die militärpatriotischen Kundgebungen zu Ehren des Sieges in Laurengo Marques fiel die Trauerbotschaft von dem Tode Joao de Deus. Der Jüngere ist prächtig verstummt, das ganze Volk ist in Trauer um einen kleinen Sojne, der es am meisten liebte und es durch sein Leben, sein Schaffen und seine Werke am meisten ehrt. Die fragestehenden Lyriker machen die Größe eines Volkes nicht aus, sondern hauptsächlich die literarischen, erst durch die Werke des Jüngeren wird die Größe bezeugt. Und dieser bescheidenen Mann, der jahrelang an dem Werk d. s. Friedens, der Volksbildung, arbeitete, verdient es, daß das ganze Land, vom Palast bis zur Baracke Trauer anlegt über seinen Verlust.

Er wurde am 8. März 1830 geboren und kam nach Beendigung seiner Vorstudien auf die unterirdische Coimbra, wo sich ein Kreis von Freunden um ihn bildete, die durch seine Güte und seine geistige Ueberlegenheit angezogen wurden. In solchen Zusammenkünften dichtete er herrliche Lieder, resammelte aber nie das Einkommen der Rechtslehrer, das ihn in der Pyramide seiner Verdienste und Freunde in hohe Aemter bringen mußte. Nachdem er seine Pflichten beendigt hatte und nun praktisch vorwärts schritt, wozu er ipso facto so glücklich gewesen, ergriff er. Auf einmal schied sich ihm das Leben ganz anders vor... er sollte anfragen, richten,

verurtheilen! seine Nebenmenschen verurtheilen, wo sein ganzes Wesen, sein Charakter nur Züge der Milde und Versöhnung trug. Man. Er erklärte sich unfähig, die juristische Laufbahn zu verfolgen, legte sich nie den Doctorhut bei und legte in das von der Natur so reich bedachte, von der Cultur noch kaum belebte Algarve zurück. Erklärlich ist es, daß er sich auf die Dauer hier nicht glücklich fühlen konnte. In der zehnjährigen Abwesenheit war ihm hier vieles fremd geworden, und wenn er auch eine Zeitlang die Wälder und Matten durchstreifte, die wilde Schönheit der Berge besang, so hatte er hier doch keine bleibende Stätte. Er mußte arbeiten, um leben zu können. Ein Jahr leitete er eine Zeitung und gewann in dieser Thätigkeit durch die Nacht seiner Persönlichkeit eine große Anhängerschaft. Er wurde zum Abgeordneten gewählt. Einflußreiche Freunde wollten ihn in die Diplomatie hineinschieben. Ihr Unternehmen blieb erfolglos. Einem großen veredelnden Charakter war alle Klankammererei zuwider, und Pointe und Cabale gehörten bei ihm zusammen. Nur kurze Zeit war er im Parlament — da legte er seine Würde nieder und zog sich zurück von der Welt des Schönen. Er nahm seinen Aufenthalt in Lissabon, schrieb, überlegte und theilte von dem geringen Lohn jenen mit, die noch einen geringeren hatten als er. An sich dachte er nie, immer nur an andere. Wenn Einer in der Welt das Wort des Nazareners buchstäblich erfüllt hat: „So einer zweien Höde habe, gebe er einen dem, der keinen hat“, — so war es Joao de Deus.

Freunde gaben seine erste Gedichtsammlung heraus, die in Portugal für das Schönste gilt, das je in Lyrik geschrieben ward, das Eingehenden und der Erfolg dieses Buches stieg ihn materiell etwas günstiger. Und das freute ihn — nicht für sich, sondern für seine Armen. Nun konnte er bessere Preise küssen, größere Almosen geben. Zwar wurde seine Güte auch vielfach mißbraucht. Er that, je solche Leute nicht an, ihn betrummelte nur, daß so viel Elend und so viel Niedertrochtheit in der Welt herrsche — er vergab und vergab das Unrecht, was man ihm that. Als er verheirathet ward und selbst Familie hatte, unterrichtete er seine Kinder und bei diesen Anfangsgründen des Unterrichts ward ihm klar, mit welchen Augen Lehrer und Kinder zu kämpfen hatten. Die Ueberwindung der Schamhaftigkeit des Leselernens be- schäftigte ihn lange, lange. Manie brachte er damit zu, die Erbsätze seiner Aeltern zur Entfaltung des Leselernens zu prüfen. Dann trat er als Anwalt der Mütter und der Kinder auf. Er veröffentlichte die Cartilha Mater-nal (Catechismus der Mutter) eine einfache Unterweisung

zum Lesen. Diese Cartilha war der Schlüssel zur Schule. An der Hand dieser Methode, mit Hilfe ihres Begründers lernten Lehrer und Kinder. Nun fingen Dreißig-, Vierzigjährige an zu lesen und verstehen zu lernen, was sie lasen. Vor zwanzig Jahren gab es in Portugal noch eine ganze Masse Leute, die nicht lesen konnten, Schulzwang war nicht, Anweisung fehlte. Joao de Deus erbarmte sich all' derer, er ging in die Viertel der Armen, der Entarteten, für die es keine Schule, keine Bildung gab, und machte sie zum Lernen. Nur die Bildung mache frei. Liebevoll unterrichtete er sie und war jederzeit bereit, mit Rath und That beizustehen, wer ihn in seiner bescheidenen Häuslichkeit aufsuchte. Er rasierte nicht, bis er ein Kind, das Begabung und Verneiner zeigte, in einer Schule untergebracht hatte, wo es seine Talente entwickeln konnte. In stiller Zurückgezogenheit, in unaufhörlichem Fleiße sorgte er für die Erziehung des Volkes, bildung und Aufklärung des Volkes. Aber er wies jede Anerkennung, jeden Dank, jede öffentliche Ehrung zurück. Seine große Bescheidenheit, die ihn bis zum letzten Augenblick nicht verlassen hat, ließ ihn an seinen eigenen Verdiensten zweifeln, er hat sich nie ausbilden können mit der Feiert, die ihm alle Schulen des Landes und alle Berufsstände zu seinem 65. Geburtstag im verflohenen Jahre darbrachten. Die erste öffentliche Anerkennung, die einem Lebenden in Portugal gezollt ward... diese großartige Manifestation, rief ihn für Augenblicke aus dem dunkeln Winkel, in den er sich vergraben hatte.

Sein Leben war das eines Heiligen. In seinem Denken, Empfinden, seinem Verstehen der Volksseele, in seiner schlichten und doch so hochheiligen Persönlichkeit erkannte er an den Friedliebenden von Nazareth. Den viel geliebten und verehrten Pädagogen eine würdige Apotheose zu bereiten, war die Pflicht des Landes, das eine Schuld an ihm abzutragen hatte. Zum Theil hat die Nation die Schuld abgetragen. Sie hat ihn ein Leichenbegängniß gefeiert, wie es sonst nur die Mächtigen dieser Erde haben. Drei Tage stand der Katastroph in der Kathedrale Estrella, buchstäblich in Blumen begraben. Schon am ersten Tage sind mehr denn 60,000 Personen gekommen dem Sollen, ihre Abschiedsgrüße zu bringen. Da gab es keinen Unterschied der Person und des Standes. Neben dem Gelehrten, dem Minister kniete die arme Fabrikarbeiterin und zeigte schluchzend ihrem Kinde den Mann, der dafür gesorgt habe, daß es was lerne. Alle Schulen waren geschlossen. Vor einigen Tagen öffneten sich die Thore des nationalen Pantheons, um die Urne dieses

